

Zitierhinweis

Häfner, Lutz: Rezension über: Aleksandr Rabinovič, □The□ Bolsheviks in Power. The First Year of Soviet Rule in Petrograd, Bloomington: Indiana University Press, 2008, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas / jgo.e-reviews, JGO 61 (2013), 2, S. 310-313, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/2c88860efcd24988911a7e8e60775a4f>



Franz Steiner Verlag

IM AUFTRAG DES
Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung

copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Wirtschaft auszumachen. In diese Richtung geht der Beitrag von Oleg Khlevniuk, der den Fall von Rjazan' als Aufhänger nimmt, wo der Erste Sekretär 1960 Selbstmord beging, als ruchbar wurde, dass sein Fleischproduktionsrekord 1959 'erschummelt' war. Khlevniuk zeigt, was die „üblichen Sünden“ (II, 182) der sowjetischen Planwirtschaft waren und wie stillschweigende Abkommen zwischen den Zuständigen auf den verschiedenen Ebenen verhinderten, dass das Betrügen und Fälschen wirklich hart bestraft wurde. Auch die Aufsätze von Nataliya Kibita und Valery Vasilev deuten an, wie wichtig eine Neue Wirtschaftsge-schichte über die Sovnarkhozy wäre; beide verharren aber in einer traditionellen Institutionengeschichte (wann wurde welches Ministerium reorganisiert) bzw. bei der Frage, ob effektives Planen überhaupt möglich war. Kibita schreibt, dass es ein Ringen zwischen dem Zentrum und hier den Ukrainischen Sovnarkhozy um Ressourcen und die Frage, wie viele der produzierten Güter die Ukraine behalten durfte, gab, geht aber auf diese Aushandlungsprozesse nicht näher ein. Auch Sari Autio-Sarasma thematisiert Netzwerke, nämlich zwischen sowjetischen und finnischen, aber auch zwischen schwedischen und westdeutschen Wirtschaftsführern und Industrievertretern, ohne zu sagen, was dies nun für Netzwerke waren und welche Bedeutung sie hatten. Sie beschreibt in erster Linie den Schlingerkurs der sowjetischen Führung, der die westlichen Partner immer wieder düpierte. Einerseits wollte Chru-

šev dringend Zugang zu ‚kapitalistischer‘ Technologie, andererseits war er aber im Grunde nicht bereit, die westlichen Ingenieure an eigene Produktionsstätten zu lassen. Hochinteressant wäre sicher die Baugeschichte des AKWs, das mit sowjetischer Technologie nach westlichen Sicherheitsstandards und mit finnischer Bauexpertise in Finnland gebaut wurde (II, 142). Schließlich beginnen und enden die beiden Bände mit dem Wohnungsbauprogramm: in Band I führt Mark Smith gleich an zweiter Stelle die überaus große Bedeutung der Wohnungsreform aus, die zum Teil des Programms zum Aufbau des Kommunismus erklärt wurde (I, 33). Der II. Band endet mit einem ausführlichen Text von R. W. Davies und Melanie Ilic über Chruščev und das Bauen. Im Gegensatz zum Beitrag von Smith, der gerade die gesellschaftspolitische Dimension der Chruščevki betont, liefern Davis und Ilic mit ihrem Vergleich von Chruščevs Bautätigkeit in den 1930er Jahren in Moskau und seinem Programm aus den 1950er Jahren eine reine Baugeschichte, die von vielen Zahlen und Statistiken getragen wird. Insgesamt bleibt der zweite Band an Vielfalt, Originalität und Lektürenguss der Beiträge noch hinter dem ersten zurück. Der Titel „Khrushchev in the Kremlin“ hatte Analysen über Herrschaft und Personal im Kreml erwarten lassen; statt dessen ist mehr als die Hälfte Wirtschaftsgeschichte. Über „Khrushchev in the Kremlin“ bleibt noch viel zu sagen.

Susanne Schattenberg, Bremen

ALEXANDER RABINOWITCH: *The Bolsheviks in Power: The First Year of Soviet Rule in Petrograd*. Bloomington, IN: Indiana University Press, 2007. XXI, 494 S., 25 Abb., 1 Kte. ISBN: 978-0-253-22042-4.

Sein akademisches Leben lang hat sich Alexander Rabinowitsch, Emeritus für Ost-

europäische Geschichte der Indiana University in Bloomington, Indiana, mit der Russischen Revolution beschäftigt. Zwei Monographien, erstmalig publiziert 1968 bzw. 1976, thematisierten das Jahr 1917, den Aufstieg der Bol'sheviki sowie den Oktoberumsturz. Dieses Werk folgt einer ver-

änderten Perspektive: Es behandelt das erste Jahr der Sowjetmacht in Petrograd. Die Wiege der Revolution büßte zum Winterende 1918 im Zusammenhang mit den wieder aufgenommenen militärischen Operationen der Mittelmächte seine Hauptstadtfunktion ein, weil der Rat der Volkskommissare nach Moskau übersiedelte. Zum zweiten fokussiert Rabinowitch nicht mehr ausschließlich die Bol'seviki, sondern räumt ihren linkssozialrevolutionären Koalitionspartnern breiten Raum ein.

Die im Wesentlichen der politischen Geschichte verpflichtete Monographie ist chronologisch in vier Kapitel gegliedert. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Niederlage der gemäßigten sozialistischen Kräfte zwischen Ende Oktober 1917 und Anfang Januar 1918. Hier werden der II. Allrussische Sowjetkongress, die Versuche, eine homogene allsozialistische Koalitionsregierung zu bilden, der Beitritt der Linken Sozialrevolutionäre (LSR) zum Rat der Volkskommissare im Dezember 1917 und das Schicksal der Konstituierenden Versammlung behandelt. Der zweite Teil ist den Separatfriedensverhandlungen von Brest-Litovsk, den aufbrechenden innerparteilichen Auseinandersetzungen in beiden Regierungsparteien sowie den gravierenden innenpolitischen Auswirkungen, dem Bruch der Koalitionsregierung in Folge der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den IV. Außerordentlichen Sowjetkongress gewidmet. Das dritte Kapitel behandelt die Zeit von der zweiten Märzhälfte bis zum V. Allrussländischen Sowjetkongress und zum linkssozialrevolutionären Attentat auf den deutschen Gesandten in Moskau, Graf v. Mirbach. Dem vierten Teil liegt eine breitere Perspektive zu Grunde. Er beschäftigt sich erstens mit dem Weg in den „Roten Terror“ und seinen Gewaltexzessen. Der Rote Terror begann in Petrograd wenige Stunden nach der Ermordung Urickijs und dem Attentat auf Lenin am

30. August 1918. Sein Ausmaß lässt sich allerdings nicht in vollem Umfang ermitteln, weil das KGB-Archiv keine Zahlenangaben über lokale Geiselnahmen in den einzelnen Stadtteilen enthält (S. 347, 399). Zweitens thematisiert dieser Teil die Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag des Oktoberumsturzes und versucht abschließend, drittens, die Ergebnisse der Untersuchung unter der Überschrift „Der Preis des Überlebens“ zusammenzufassen.

Während sich in der neuen Hauptstadt Moskau und in vielen weiteren Landesteilen die Beziehungen zwischen LSR und Bol'seviki merklich abkühlten, setzte sich in Petrograd und dem nördlichen Gebiet, den Gouvernements Archangel'sk, Vologda, Olonec, Petrograd, Pskov und Novgorod, bis in den Juli 1918 die vertrauensvolle Kooperation in Form einer Koalitionsregierung fort. Das Nordgebiet der RSFSR zählte zu einer der Hochburgen linkssozialrevolutionären Einflusses im Frühjahr 1918. Auf dem III. Kongress der Sowjets des Gouvernements Petrograds verfügten LSR über eine Mehrheit, in Olonec stellten sie den Vorsitzenden des Gouvernements-exekutivkomitees. Selbst in Kronstadt dominierten die Bol'seviki nicht.

Im Frühjahr 1918 war in Petrograd eine klare Tendenz zu beobachten: eine Konsolidierung der PLSR und eine Auszehrung der Bol'seviki. Deren Basis erodierte in Folge des Umzugs der Regierung nach Moskau, unzureichender Lebensmittelversorgung, der Fabrikschließungen, der Stadtflucht und der Konstriktion in die Rote Armee. Aus den Sowjetwahlen in der zweiten Junihälfte gingen die Bol'seviki nur aufgrund umfangreicher Manipulationen als Sieger hervor (S. 248–252). Während die Bol'seviki seit Februar 1918 über 20.000 Mitglieder verloren hatten, im Juni noch knapp 13.500, im September nur noch 6000 Mitglieder zählten (S. 248, 343, 397), blieb die Mitgliederzahl der LSR mit

4.500 zwischen April und Hochsommer 1918 konstant. Als herrschaftstabilisierende Größe waren die LSR für die Bol'sheviki unverzichtbar (S. 266, 281). Für diese gedeihliche Zusammenarbeit war auch das recht enge, auf gegenseitigem Respekt beruhende Verhältnis der führenden Persönlichkeiten beider Parteien verantwortlich, wie Rabinowitch verdeutlicht. Zu nennen wären die LSR P. P. Proš'jan und der Agrarkommissar des Nordgebiets, Nikolaj Kornilov; im Petrograder Parteikomitee der Bol'sheviki dominierten ebenfalls die eher gemäßigten Exponenten wie N. Krestinskij, der im August 1918 das Finanzressort im Rat der Volkskommissare in Moskau übernahm, oder M. Urickij, der sich der Entfaltung des Roten Terrors monatelang erfolgreich widersetzte (S. 324). Erst nach seiner Ermordung schwenkte der Petrograder Parteichef G. E. Zinov'ev auf den unachgiebigeren Kurs der Moskauer Bol'sheviki um.

Zu bedauern ist, dass Rabinowitch frühere Positionen unverändert übernimmt. Seit über einem Jahrzehnt heißt bei ihm der Kommandeur der deutschen Streitkräfte in der Ukraine Eichgord und nicht Eichhorn. Ebenso lange spricht er von einem politischen „Selbstmord der Linken SR“ im Sommer 1918. Er attestiert ihnen, wie Don Quichotte gehandelt zu haben (S. 308), und dass das Attentat auf Mirbach eine „schlecht durchdachte Aktion“ gewesen sei, die letztlich zu der unvermeidlichen Unterdrückung der LSR geführt habe. Zum einen begründet er seine Position nicht, zum zweiten blendet der Autor die politische Aporie, in der sich die LSR im Sommer 1918 befanden, aus. Gegen den illegitimen Ausschluss der Men'sheviki und PSR aus dem VCIK und Sowjetinstitutionen hatten die LSR Mitte Juni kategorisch protestiert.

Die Einberufung des V. Sowjetkongresses stellte einen (letzten) Versuch der LSR dar, einen politischen Kurswechsel herbei-

zuführen. Angesichts der Desillusionierung weiter Teile der Bevölkerung über die Politik der Bol'sheviki bei gleichzeitig wachsender Popularität der PLSR war dieses Kalkül keineswegs unbegründet. Ihre Attraktivität verdankten die LSR auch ihrem Widerstand gegen die Innenpolitik der Regierung, beispielsweise gegen die gewaltsamen Getreiderequisitionen oder gegen die Herrschaft der Kommissare auf Kosten der Sowjets, deren Wahlen immer häufiger manipuliert wurden. Für die LSR stellte sich die Frage: Was tun? Wenn sie sich nicht in ihr Schicksal fügen und die Beschlüsse der fingierten bolschewistischen Mehrheit auf dem V. Allrussischen Sowjetkongress akzeptieren wollten, dann blieb nur eine letzte Handlungsoption. Das Attentat auf Mirbach war der Versuch, durch einen *fait accompli* die Außenpolitik Sowjetrusslands zu revidieren. Die LSR gingen davon aus, dass Internationalismus und Weltrevolution auf der zielutopischen Agenda der Bol'sheviki den höchsten Stellenwert genossen. Dass die LSR den Machthunger Lenins und seiner Genossen verkannten, erwies sich als eine fatale politische Fehleinschätzung, als eine „Naivität“, für die die LSR genauso zu zahlen hatten wie vor ihnen die übrigen Organisationen und Gruppierungen des politischen Spektrums, von den sog. bürgerlichen Parteien über die gemäßigten Sozialisten wie SR und Men'sheviki bis hin zu den Anarchisten. Gleichwohl könnte argumentiert werden, dass die LSR prinzipienfest das Sowjetsystem über die Diktatur einer Partei, auch der eigenen, stellten. Aus diesen Erwägungen heraus verbot sich für sie Waffengewalt gegen die Bol'sheviki. Nur der Selbstschutz rechtfertigte Waffengewalt gegen „Gleichgesinnte“, gegen „Genossen“, gegen die Bol'sheviki.

Gegen die Kapitelüberschrift „The Suicide of the Left SRs“ sprechen nicht nur die Ausführungen des Autors über zahlreiche Maßnahmen der Bol'sheviki, die den

Handlungsspielraum der PLSR immer stärker einschränkten, sondern auch Trotzki gegen die LSR gerichteter Befehl vom 4. Juli 1918. Dieser ordnete an, alle Agitatoren dem Außerordentlichen Tribunal in Moskau zu überantworten und alle Agenten des internationalen Imperialismus, die zum Angriff aufrufen und sich der Sowjetmacht widersetzen, bei Bedarf auf der Stelle zu erschießen, wenn sie sich weigerten, ihren Widerstand gegen die Truppen der Mittelmächte einzustellen. Drittens sprechen die in Petrograd gegen die LSR ergriffenen Maßnahmen und verfügten Sanktionen, wie beispielsweise ihr Ausschluss aus den Sowjets ohne ein vorheriges Votum der Wählerschaft, gegen einen Selbstmord. Hier hissten die LSR am 8. Juli 1918 erst nach einstündigem Beschuss ihres militärischen Hauptquartiers, des Pagenkorps in der Sadovaja, dem 20 Menschen als Tote oder Verletzte zum Opfer fielen, die weiße Fahne. Ungeachtet der Kooperation zwischen LSR und Bol'seviki in Petrograd versuchten letztere, sich ihres populären Koalitionspartners zu entledigen und beschleunigten damit den Weg in die Alleinherrschaft ihrer Partei. Die Kapitelüberschrift passt also nur bedingt zu Rabinowitchs eigener Folgerung: „It was part of a preemptive strike against the Left SRs“ (S. 289, ähnlich S. 297, 301).

Lobend zu erwähnen ist die breite Quel-

lenbasis der Monographie. Mit immensem Fleiß hat Rabinowitch wohl etwa hundert Archivfonds – darunter zahlreiche persönliche Bestände – u. a. des GARF, des RGASPI, des Geheimdienstes FSB, des Staatsarchivs St. Petersburgs, des ehemaligen Parteiarchiv St. Petersburgs, des Archivs der Kriegsflotte, der Gebietsarchive St. Petersburgs und Leningrads in Vyborg, ferner in Großbritannien und den USA ausgewertet. Darüber hinaus zog er mehrere Dutzend zeitgenössischer Periodika heran. Die Belegstruktur der Endnoten gibt beredt Auskunft über Belesenheit und Wissen des Autors. Die Narration ist fesselnd. Eine Zeittafel, ein Literaturverzeichnis, ein Register, zwei Karten und zahlreiche Abbildungen komplettieren diese Monographie. So weit, so gut.

Fragt man allerdings nach dem Erkenntnisgewinn, dann ist die Bilanz weniger beeindruckend. Im Grunde waren sowohl *story* als auch *plot* schon wiederholt Gegenstand der Darstellung. Rabinowitch vermag Details hinzuzufügen, unser Bild um Nuancen zu bereichern, es aber nicht grundlegend zu korrigieren. Erinnert man sich des medialen Aufwands, den die Präsentation der deutschen Übersetzung Ende 2010 begleitete, dann drängt sich der Titel einer Komödie Shakespeares auf: Much ado about nothing.

Lutz Häfner, Göttingen

AXEL MEISSNER: Martin Rades „Christliche Welt“ und Armenien. Bausteine für eine internationale Ethik des Protestantismus. Berlin: Lit, 2010, VIII, 548 S., 2 Ktn. = Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte, 22. ISBN: 978-3-8258-6281-7.

Die Situation der Armenier im Osmanischen Reich und die Entstehung der sogenannten Armenischen Frage wurde oft in der Forschung vor dem Hintergrund des deutschen machtpolitischen Interesses im

Orient behandelt. Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert bemängelten u. a. Paul Rohrbach und Ewald Stier das fehlende Verständnis der deutschen Außenpolitik für die „große Rolle“ der Armenier als Kulturträger im Orient, was z. B. von der russischen Innen- und Außenpolitik längst begriffen worden war und durch den Einfluss auf die armenische Kirche zeitweise erfolgreich umgesetzt wurde. Eine Unterstützung der „rebellierenden“ Armenier hätte allerdings dem Ansehen der deutschen Au-